

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 095/2018
Kiel, Donnerstag, 22. März 2018

Soziales/ CSD

Dennys Bornhöft zu TOP 28 „Für mehr Vielfalt und Toleranz – CSD-Empfang im Landeshaus veranstalten“

In seiner Rede zu TOP 28 (Für mehr Vielfalt und Toleranz – CSD-Empfang im Landeshaus veranstalten) erklärt der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dennys Bornhöft**:

„Mit dem Antrag hat die SPD-Fraktion ein Thema aufgegriffen, welches häufig von einigen Personengruppen zur Polarisierung und negativen Abgrenzung missbraucht wird. Ein Thema, über das generell öffentlich viel gesprochen und diskutiert wird. Jedoch geschieht dies oft über die Köpfe derer hinweg, deren Leben dieses Thema unmittelbar betrifft: Die uneingeschränkte Gleichberichtigung von Schwulen, Lesben, Trans- und Intersexuellen ist leider noch keine Realität.

Der Antrag trägt diesem ungelösten Problem insofern Rechnung, als dass er eine fortdauernde Beschäftigung und Vergewisserung der Thematik einfordert. Es wurde schon vieles für die Rechte der LGBTIQ getan, jedoch bei weitem nicht genug, um dieses Thema nun auf sich beruhen zu lassen. Deshalb ist das Ansinnen des Antrages notwendig und wertschätzend. Denn auch heute, in einer vermeintlich toleranten und liberalen Gesellschaft, existieren noch unzählige Vorurteile.

In der jüngeren, (west-) deutschen Zeitgeschichte wurde Homosexualität nach dem StGB als strafbare Handlung verfolgt. Dieses Gesetz erfuhr im Jahre 1969 erstmals eine Abschwächung, als das Totalverbot aufgehoben und nur noch qualifizierte Fälle, wie der Geschlechtsverkehr mit unter 21-Jährigen bestraft wurde. Im Jahr 1973 wurde der entsprechende Abschnitt im StGB von „Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit“ in „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ umbenannt. Der Begriff Unzucht wurde durch sexuelle Handlungen ersetzt. Strafbar blieb nur noch der Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen, wobei das Schutzalter auf 18 Jahre herabgesetzt wurde.

Von einer rechtlichen und gesetzlichen Gleichstellung von Homosexuellen war man jedoch noch sehr weit entfernt. Die Freien Demokraten forderten diese bereits im Bundestagswahlkampf 1980. Ersatzlos gestrichen wurde der beschriebene §175 StGB jedoch erst im Jahr 1994.

Die Menschen, die nach diesem Paragraphen verurteilt wurden, erfuhren ein Stück weit späte Gerechtigkeit, als der Bund vor ziemlich genau einem Jahr beschloss, die gefällten Urteile aufzuheben und die noch lebenden Verurteilten zu entschädigen. Die Ungerechtigkeit, die die Betroffenen in der Vergangenheit erfuhren, muss ein Ansporn sein, den täglichen Kampf bis zu einer vollständigen Gleichberechtigung von Homosexuellen weiter auszufechten. Ein riesiger Schritt wurde im Oktober letzten Jahres getan, als Homosexuellen das längst überfällige Recht zugestanden wurde, eine Ehe zu schließen: Die Ehe für alle ist endlich da.

Allerdings möchte ich betonen, dass wir das endgültige Ziel einer diskriminierungsfreien Gesellschaft als auch Rechtsetzung noch nicht erreicht haben. So dürfen z.B. homosexuelle Männer immer noch kein Blut spenden, solange sie nicht längere Zeit Risikoverhalten vermieden haben.

Transsexuelle Menschen haben ein langwieriges und nervenaufreibendes Verfahren vor sich, bis sie ihren Namen und ihre Geschlechtszuordnung endlich offiziell ändern können. Die skandinavischen Länder zeigen hier, dass es deutlich einfacher und weniger stigmatisierend geht.

Das sind nur einige Beispiele und gleichzeitig sind es große Baustellen, die auch langfristig noch unsere Aufmerksamkeit fordern.

Mit Vertretern von Interessengruppen im Rahmen eines Empfanges im Landeshaus in den Dialog zu treten, setzt ein Zeichen. Ein Zeichen, dass wir uns weiter auf einem Kurs Richtung vollkommener Gleichstellung bewegen wollen.

Der vorliegende Änderungsantrag möchte den Kreis der Adressaten etwas spezifischer gestalten. Ins Landeshaus eingeladen werden sollen insbesondere Vertreterinnen und Vertreter, die in CSD- Organisation und Verbänden queere Emanzipationsarbeit leisten. Dieses überwiegend ehrenamtliche Engagement soll geehrt werden, denn es hat ganz besonders mit religiösen und gesellschaftlichen Vorurteilen zu kämpfen.

Ich freue mich bereits auf diese Veranstaltung, da ich davon ausgehe, dass für dieses Ansinnen eine breite, demokratische Mehrheit stehen wird. Die Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen, gleich welcher Orientierung, Herkunft oder welchen Geschlechts, ist weiterhin ein tagtägliches Kampf, den wir Demokraten bestreiten müssen.“